

Vorwort

Mit der Entscheidung des Seouler Verfassungsgerichts Mitte Mai 2004, Staatspräsident Roh Moo-hyun wieder in sein Amt einzusetzen, gingen einige turbulente Monate in der südkoreanischen Politik zu Ende. Den Ausgangspunkt der Verwicklungen bildete der stetige Zustimmungsverlust, den Roh in den ersten Monaten seiner Präsidentschaft erlitt. Der Präsident musste zusehen, wie sich infolge eines Wahlkampffinanzierungsskandals in seinem Lager sowie einer Reihe eigener recht ungenau wirkender Handlungen und Äußerungen die anfänglich hohe Unterstützungsrate von 80 Prozent in klägliche 30 Prozent verwandelte. Roh reagierte auf diese Situation, die ein gefundenes Fressen für die Oppositionsmehrheit im Parlament war, mit einem ungewöhnlichen Schritt: Er kündigte eine Volksabstimmung über seine Amtsführung an. Politische Beobachter waren sich uneinig darüber, ob es sich bei dieser Ankündigung um einen weiteren Beweis für amateurhaftes Verhalten im Blauen Haus handelte oder aber um einen geschickten Schachzug im Vorfeld der Parlamentswahlen im April 2004, bei denen eine neue Partei, bestehend aus Unterstützern des Präsidenten, antreten würde. Wie dem auch sei: Eine Weiterverfolgung des populistischen Projekts „Referendum“ hätte die südkoreanische Demokratie möglicherweise in eine konstitutionelle Krise gestürzt, da die 1987 geschaffene Verfassung Volksabstimmungen nur in gravierenden Ausnahmefällen vorsieht.

Letztendlich kam es nicht zu dem anvisierten Referendum, stattdessen bildete sich eine unheilige Allianz aus der großen Oppositionspartei GNP und der ehemaligen Regierungspartei MDP, die ihrerseits eine zentrale Verfassungsbestimmung für politische Zwecke umfunktionierten: Die beiden Parteien warfen dem Präsidenten Einmischung in den Parlamentswahlkampf, Misswirtschaft und anderes mehr vor und entfernten ihn mit ihrer Zwei-Drittel-Stimmenmehrheit im Parlament aus dem Amt. Die Krise konnte schließlich mit Hilfe zweier Elemente beigelegt werden: dem gesunden Menschenverstand der südkoreanischen Wähler und der Funktionsfähigkeit formaler Rechtsinstitutionen. So zeigten sich viele südkoreanische Bürger indigniert über das schäbige Spiel der Mehrheitsparteien und strafte diese bei den Parlamentswahlen im April 2004 ab. Das Verfassungsgericht bestätigte im Mai, dass die Amtsenthebung nicht rechtens gewesen war, und setzte Roh wieder in sein Amt ein.

Während sich einige Beobachter höchst beglückt darüber zeigten, dass der Herrschaft des Gesetzes Genüge getan worden war und die Krise beigelegt werden konnte, bleibt in Wirklichkeit doch ein schaler Geschmack. Einmal abgesehen von der Frage, wie sich das Verfassungsgericht entschieden hätte, wenn die Parlamentswahl anders ausgegangen wäre, kann nicht übersehen werden, dass den demokrati-

schen Institutionen in Südkorea durch den Präsidenten und die Oppositionsparteien in kurzer Zeit zweimal Schaden zugefügt wurde. Dass sich dieser Schaden letztlich in Grenzen hielt, gibt keinen Anlass zu Euphorie über eine vermeintlich bereits gelungene Konsolidierung der Demokratie in Südkorea, sondern zeigt nur, dass Unreife und Reife im politischen System Südkoreas noch immer eng beieinander liegen.

In jedem Fall bleiben die politischen Entwicklungen in Südkorea spannend. Selbst der in den vergangenen Jahren eher von regionaler Stimmenmobilisierung und inhaltlicher Leere geprägte Prozess der Parteienkonkurrenz hat neue Impulse erhalten. So hat die Parlamentswahl 2004 deutliche Konfliktlinien in der südkoreanischen Gesellschaft zwischen älteren, tendenziell eher konservativ und pro Establishment orientierten Wählern einerseits und jüngeren, tendenziell eher progressiv und contra Establishment orientierten Wählern andererseits offen gelegt. Diese Konfliktlinien verlaufen quer zu den bekannten regionalen Scheidelinien und manifestieren sich beispielsweise in unterschiedlichen Haltungen der betreffenden Wähler gegenüber dem kommunistischen Norden und gegenüber den Vereinigten Staaten. Es bleibt mit Interesse abzuwarten, ob sich hieraus auch längerfristig stabile Parteigefüge und -bindungen ergeben werden. Eine wenig erfreuliche Stabilität weisen die Korruptionsprobleme in den Bereichen Politik und Wirtschaft in Südkorea auf. Während die zahlreichen Prozesse im Zusammenhang mit dem „Cash-for-summit“-Skandal, der Finanzierung des Präsidentschaftswahlkampfes 2002 und den Finanzmachenschaften in der SK-Gruppe signalisieren, dass man das Problem zumindest ernst nimmt, gehen von der Haftentlassung des SK-Chairman Chey Tae-won nach nur drei Monaten und der Begnadigung anderer Verurteilter gegenteilige Signale aus. Prinzipienloser Pragmatismus und politisches Gefälligkeitsdenken scheinen noch immer des Öfteren die Oberhand zu gewinnen.

Wenig erfreulich stellte sich zunächst auch die wirtschaftliche Lage dar: Südkorea erlebte im ersten Halbjahr 2003 die erste Rezession seit der Finanzkrise 1997/98. Dank stark anziehender Exporte im 2. Halbjahr konnte jedoch ein immer noch ansehnliches Wachstum von rund drei Prozent erreicht werden, das in diesem Jahr wohl ohne größere Probleme übertroffen werden wird. Dennoch gibt es für Jubel keinen Anlass, zeigen die Probleme der Kreditkartenfirmen doch deutlich die anhaltende Verletzlichkeit der südkoreanischen Wirtschaft. Die wirtschaftlichen Probleme Nordkoreas sind dazu allerdings im Vergleich um ein Vielfaches größer. Während Pyongyang, das Schaufenster des Landes, auf den ersten Blick einen positiven Eindruck vermittelt – die Zahl der Restaurants und Verkaufsstände hat deutlich zugenommen, die Energieversorgung ist offenbar besser geworden, und auf den Märkten herrscht ein reiches Angebot –, sieht es in anderen Teilen des Landes, nicht zuletzt dem „industriellen Rostgürtel“ im Nordosten, ganz anders aus. Zwar haben die wirtschaftlichen „Reformen“ seit 2002 die Angebotssituation verbessert, doch viele Menschen sind angesichts fehlender zusätzlicher Einkommen nicht in der Lage, hieraus Nutzen zu ziehen.

Für Schlagzeilen sorgte im Berichtszeitraum vor allem das Eisenbahnglück in Ryongchon, bei dem Ende April 2004 161 Menschen, darunter 76 Kinder, umkamen

und insgesamt etwa 1.300 Personen verletzt wurden. Wo internationale Hilfe in Aussicht steht, ist auch Nordkorea zu einem gewissen Maß an Offenheit bereit. Katastrophenhilfe im Wert von über 30 Millionen US-Dollar konnte binnen nur zwei Wochen nach dem Desaster mobilisiert werden. Der Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Einrichtungen ist inzwischen ein gutes Stück vorangekommen. Das Unglück ereignete sich wenige Stunden nach der Rückkehr von Kim Jong Il von einem offiziellen Besuch in Beijing, zu dem er, wie üblich, die Eisenbahn benutzte. Wo es wenig Informationen gibt, gedeihen Spekulationen und Konspirationstheorien bekanntlich besonders gut, und so war es wohl auch nicht weiter überraschend, dass sogleich die Rede von einem Anschlag war. Tatsächlich warf das Unglück jedoch vor allem ein Schlaglicht auf Unzulänglichkeiten der nordkoreanischen Infrastruktur.

Trotz – oder manchmal gerade wegen – interner Probleme schafft es die Demokratische Volksrepublik Korea immer wieder, für internationales Aufsehen zu sorgen. Die jüngste Krise um Nuklearprogramme in Nordkorea ging im Herbst 2003 ins zweite Jahr; drei Sechs-Parteien-Gesprächsrunden in der Zeit bis Juni 2004 blieben ohne konkretes Ergebnis. Dabei scheinen sich die Konturen einer Paketlösung (Energiehilfe, Sicherheitsgarantien und diplomatisches Entgegenkommen gegen einen schrittweisen Abbau von Nuklearkapazitäten) immer deutlicher abzuzeichnen. Doch die Überlappungsfläche der Vorstellungen der beiden zentralen Akteure, der DVRK und der USA, ist trotz vorsichtiger Bewegungen aufeinander zu noch immer nicht ausreichend. Zu hoffen bleibt, dass nach den Präsidentschaftswahlen in den USA echte Verhandlungen aufgenommen werden können. Von mehr Bewegung können auch die japanisch-nordkoreanischen Beziehungen profitieren. Zumindest hat die „Heimführung“ von fünf Angehörigen einstmals nach Nordkorea verschleppter japanischer Staatsbürger einen weiteren Stein des Anstoßes beseitigt. Im Gegenzug versprach Japan, 250.000 Tonnen Lebensmittel und medizinische Güter im Wert von 10 Millionen US\$ zu liefern. Doch selbst diese humanitäre Geste stieß in Teilen der japanischen Bevölkerung auf Ablehnung. Die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und der DVRK, der letzten verbleibenden Leerstelle im internationalen Geflecht Ostasiens, wird wohl auch weiterhin für erhitzte Gemüter auf beiden Seiten sorgen.

Das Korea-Jahrbuch 2004, das neunte seiner Art, folgt wieder dem bekannten Aufbau. Nach der Chronologie der Ereignisse des Jahres 2003 auf der koreanischen Halbinsel lässt zunächst *Manfred Pohl*, Professor am Asien-Afrika-Institut der Universität Hamburg, die Entwicklungen der Innenpolitik Südkoreas im Zeitraum 2003/2004 Revue passieren. Die zeitgleichen Geschehnisse im Bereich der Außenpolitik des Landes zeichnet zum letzten Mal *Joachim Bertele*, bis Sommer 2004 politischer Referent an der deutschen Botschaft in Seoul, nach. Die drei folgenden Beiträge beschäftigen sich mit der Wirtschaft Südkoreas. Zunächst zeigt *Patrick Köllner*, wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde, wesentliche Entwicklungen in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft auf. *Bernhard Seliger*, Repräsentant der Hanns-Seidel-Stiftung in Seoul, beschäftigt sich im Anschluss kritisch mit der Frage, inwieweit Südkoreas Pläne, zur Drehscheibe von Handel und

Verkehr in Nordostasien zu werden, realistisch sind. Dass zwar die große Ablehnung gegenüber ausländischen Unternehmen und der Marktöffnung der Vergangenheit angehört, dass aber in diesem Zusammenhang auch durchaus noch Vorbehalte bestehen, zeigt *Heike Hermanns*, bis vor kurzem wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität von Glasgow und nun an der Australian National University tätig, im Rahmen ihrer Auswertung aktueller Umfragedaten. Der folgende Beitrag von *Phil-lan Joung*, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bochum, gibt einen Überblick über die Hintergründe und den bisherigen Stand eines interdisziplinären Forschungsprojektes, das der bioethischen Einbettung des südkoreanischen Humangenomprojektes dienen soll, das in jüngster Zeit auch in Deutschland Interesse hervorgerufen hat.

Gleich drei Beiträge widmen sich im Anschluss einem Thema, das in den vergangenen Jahren im Korea-Jahrbuch etwas zu kurz gekommen ist: der südkoreanischen Presse. Im Rahmen dieses kleinen Presseschwerpunkts im vorliegenden Korea-Jahrbuch zeichnet *Mascha Peters*, in Verknüpfung der Schwerpunkte ihres jüngst abgeschlossenen Studiums der Politikwissenschaft, der Publizistik und der Koreanistik, zunächst die Entwicklung des Pressewesens und der Pressepolitik bis zum Übergang Südkoreas zur Demokratie 1987 nach. In einem zweiten Beitrag führt sie ihre Analyse bis in die jüngere Gegenwart fort und zeichnet so ein fundiertes Bild der südkoreanischen Presselandschaft und ihrer Rahmenbedingungen. Dass im Bereich der Pressefreiheit in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte in Südkorea erzielt wurden, signalisiert auch eine aktuelle Studie des Freedom House, in der die Presse im Süden der koreanischen Halbinsel als insgesamt „frei“ eingestuft wird. Im internationalen Vergleich rangiert Südkorea indes nach derselben Studie unter 193 Ländern nur an 68. Stelle (ganz am Ende des Ranking ist übrigens Nordkorea zu finden, siehe dazu www.freedomhouse.org/research/pressurvey.htm). *Tobias Stern*, Management-Consultant in Hamburg, rundet den Presseschwerpunkt dieses Jahrbuchs durch eine Analyse der Darstellung der Ereignisse des 11. September in südkoreanischen und deutschen Tageszeitungen ab.

In einem anregenden letzten Beitrag zum Süden der koreanischen Halbinsel untersucht *Thomas Kern*, wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde, aus soziologischer Perspektive die Wurzeln des dort wieder zunehmend virulenten Antiamerikanismus. Drei Beiträge beschäftigen sich in diesem Jahr mit verschiedenen Aspekten Nordkoreas und seiner internationalen Beziehungen. Zunächst skizziert wiederum *Patrick Köllner* wesentliche Entwicklungen und Tendenzen in der Wirtschaft Nordkoreas. Danach gibt *Harald Maass*, Korrespondent der Frankfurter Rundschau in Beijing, einen Überblick über Chinas Beziehungen zur DRVK. *Heinrich Kreft*, bis Sommer 2004 Leiter der Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft in Washington und seitdem wieder im Planungsstab des Auswärtigen Amtes, setzt sich anschließend mit den amerikanisch-nordkoreanischen Beziehungen im Kontext der noch immer schwelenden Krise um die Nuklearpolitik der DVRK auseinander. Eine umfangreiche Bibliografie zur Wirtschaft Nordkoreas, zusammengestellt von *Pia Kleis*, Mitarbeiterin der Dokumentation des Deutschen-Übersee-Instituts, beschließt das diesjährige Korea-Jahrbuch.

